

Miteinander

N°12

*Sehr geehrte Leserin,
sehr geehrter Leser,*

in einer freien und funktionierenden Demokratie sind unabhängige Medien unabdingbar. Sie berichten ohne ideologische Scheuklappen, ohne politischen Druck. Sie informieren, erläutern Hintergründe, stellen unterschiedliche Sichtweisen dar, kritisieren, hinterfragen, ohne Angst vor den Mächtigen des Landes. Entscheiden Sie bitte selbst, inwieweit die Berichterstattung hier vor Ort dem gerecht wird. Wir vom Redaktionsteam von „Miteinander“ möchten auch mit der vorliegenden Ausgabe dazu beitragen, dass Menschen die Möglichkeit haben, sich unabhängig zu informieren. Zum Beispiel über den dreisten Angriff der neuen Landesregierung zusammen mit der grünen Oppositionspartei auf grundlegendste Kontrollrechte im Landtag in Rheinland-Pfalz.

Auf unserer neuen Seite „Ein Thema - zwei Meinungen“ Seite 4 beleuchten wir den „Ukraine-Krieg“ aus unterschiedlichen Sichtweisen.

Wir wünschen Ihnen viel Vergnügen und neue Erkenntnisse!

Ihr „Miteinander“-
Redaktionsteam



**Demokratie ist,
wenn das Volk wählt.
Nicht, wenn Medien,
Verfassungsschutz und
Altparteien bestimmen,
was es wählen darf!**

THEMEN IN DIESER ZEITUNG

Ein Herz für Demokratie	S. 2	Der Wald ruft	S. 6	Angriff Privathaus	S. 9
Gespent in RLP	S. 3	Links-Grüne Demo-Szene	S. 7	Schon gelesen?	S. 10
Ein Thema - Zwei Meinungen:		Pläne Moschee in DÜW	S. 8	Omas gegen Rechts	S. 12
Der Ukraine-Krieg	S. 4	Beleidigung Bas	S. 9		

— EIN HERZ FÜR DEMOKRATIE —

(Aber nur, wenn wir die Mehrheit haben) oder das Ausschalten der Regierungskontrolle in Rheinland-Pfalz

Wie erklärt man einem Kind die Demokratie? Am besten mit einem Beispiel: Zwei Demokraten stehen auf der Straße und unterhalten sich über den neuen Nachbarn. Sie sind sich einig: Der Mann fährt zu oft in Urlaub, sein Auto ist zu teuer, und eine solche Freundin hat der Mann auch nicht verdient. So kann das nicht bleiben. Als überzeugte Demokraten suchen sie zuerst die Debatte mit dem Nachbar, und als alles nicht hilft, stellen sie ihren Antrag: Der Nachbar müsse sein Vermögen zur Wahrung des nachbarschaftlichen Friedens an die beiden Demokraten übergeben. Angenehmer Nebeneffekt: Dann würde auch bald die Freundin das Weite suchen. Die drei Nachbarn stimmen ab, die Demokraten gewinnen mit einer komfortablen Zweidrittelmehrheit. Das Vermögen wird friedlich und gewaltfrei übergeben, ein glänzender Sieg der Demokratie!

Das aufgeweckte Kind würde sich jetzt vielleicht zu Wort melden und davon erzählen, wie es neulich mit seinen Freunden dem Kind des Nachbarn dessen neues Spielzeug weggenommen habe, auch ganz überwiegend friedlich, und dass es daher auch ein Demokrat sei. Man sieht: Die **entfesselte Demokratie** kann eine ziemlich fiese Sache sein, wären da nicht die **Minderheitenrechte und der Rechtsstaat**, die der Macht der Mehrheit eine Grenze setzen.

Auch die Rechte der politischen Oppositionsparteien gehören zu besagten Minderheitenrechten, und ein solches ist das **Recht auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses** zur Untersuchung von Fehlverhalten der Regierung. Untersuchungsausschüsse können wie Gerichte eigene Beweisaufnahmen durchführen, also zum Beispiel Zeugen einvernehmen, die zu einer wahrheitsgemäßen Aussage verpflichtet sind. Der abgewählte Landtag von Rheinland-Pfalz hat jetzt vor seiner Auflösung mit den Stimmen von SPD, CDU und Grünen, also der alten und neuen Regierungsparteien, beschlossen, dass es zur Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zukünftig **25 statt 20 %** der Abgeordnetenstimmen bedürfe. Begründung: Das „schärfste Schwert“ der parlamentarischen Kontrolle dürfe nicht missbraucht werden, die Funktionsfähigkeit von Parlament und Regierung müsse gesichert bleiben.

Damit nimmt man der AfD trotz ihres großen Wahlerfolgs in der Landtagswahl vom April (19,5 %, 24 von 105 Sitzen) die Möglichkeit, die angekündigten Untersuchungsausschüsse zu Corona oder zur **Instrumentalisierung des**

Verfassungsschutzes in der nächsten Legislatur zu erzwingen. Was Corona angeht, so waren alle anderen Parteien im neuen Landtag in der Coronazeit auf verschiedenen Regierungsebenen in Verantwortung und haben daher wenig Interesse an einer Aufarbeitung. Ganz im Gegenteil, so mancher dürfte wohl befürchten, bloßgestellt zu werden, wie wir es schon in den bereits tagenden Untersuchungsausschüssen gesehen haben. Grandios zum Beispiel die Ausflüchte des Virologen Christian Drost bei der Befragung durch Professor Homburg im Bundestag.

Wieder einmal bedient sich unser Bundesland im **„Kampf gegen rechts“** und insbesondere gegen die AfD besonders unfairer Methoden. Wir erinnern an den Wahlausschluss des Kandidaten Joachim Paul von der Bürgermeisterwahl in Ludwigshafen aufgrund eines Schwurbelbriefs des Verfassungsschutzes RLP. Wir erinnern an die Attacke des Innenministers Ebling (SPD), der die AfD unter den „extremistischen“ Organisationen einreichte und AfD-Mitglieder pauschal vom öffentlichen Dienst ausschließen wollte. Oder an den Rundbrief, in dem das Innenministerium die Verwaltungen im Land an die Prüfung der Verfassungstreue von Kandidaten für öffentliche Ämter erinnerte und den man getrost als Aufruf zum Durchfallenlassen von AfD-Kandidaten interpretieren durfte.

Spätestens nach der Klatsche des Verwaltungsgerichts Köln für den Bundesverfassungsschutz wegen dessen Einstufung der AfD als „gesichert“ rechtsextremistisch vom Februar sollte klar sein: Die AfD wird man nicht wegverbieten können. Man sollte sich im Interesse des Landes auch in Untersuchungsausschüssen ihrer oft sehr berechtigten Kritik stellen. Bollinger, Frisch und Stuhlfauth von der AfD machten im Ahrtal-Untersuchungsausschuss eine exzellente Arbeit und trugen maßgeblich dazu bei, das Todesfälle verursachende Underperforming unserer Behörden und Ministerien ans Licht zu bringen. Wer denn sonst?

Im Bundesverfassungsgerichtsurteil von 1952, das man nicht oft genug zitieren kann, steht geschrieben, und man sollte sich bei der Lektüre ehrfürchtig von seinem Stuhl erheben: Teil der freiheitlich demokratischen Grundordnung ist auch **„die Chancengleichheit für alle politischen Parteien** mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.“ Daran sollten sich auch „Unsere Demokraten“ halten.



Egon Altherr



— EIN GESPENST GEHT UM IN RHEINLAND-PFALZ —



Nein, es ist nicht die Angst aus der Mitte des 19. Jahrhunderts vor dem aufkommenden Kommunismus. Heute fürchten die geschwächten, sogenanntem gemäßigten Parteien das Erstarren wertkonservativer Kräfte. Bei der **Landtagswahl am 22.03.26** entscheidet sich das Wahlvolk für 24 Parlamentarier der AfD von insgesamt 105. Was wünschen sich die Menschen?

Mitbestimmung und Kontrolle durch die AfD! Als Mitglieder in Parlamentarischen Kontrollgremien, als Ausschussvorsitzende oder als Vizepräsidenten. Und zum Einsetzen von Untersuchungsausschüssen. Die Menschen in Rheinland-Pfalz treffen dafür eine Wahl-Entscheidung. Doch um all das zu verhindern, ändert der alte Landtag im letzten Moment noch schnell die Verfassung. Ein Gespenst um **Postenverluste, Aufdecken von Misständen und Versäumnissen** sowie **Veröffentlichen von unter Verschluss gehaltenen Informationen** geht um. Das vorgeschobene Argument, die Demokratie zu schützen, ist durchsichtig! In ganz Deutschland bildet sich dieses undemokratische, den Wählerwillen missachtende Vorgehen ab. Selbst bei klar vorhandenem Proporzanspruch!

Wie gehen unsere europäischen Nachbarn mit dem Erstarren des konservativen Lagers um? Einige Beispiele: In Frankreich ist der Rassemblement National (RN) voll in parlamentarische Strukturen integriert und besetzen wichtige Positionen, wie Ausschussvorsitzende, nach Proporz. Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) ist immer wieder an der Regierungsbildung beteiligt gewe-

sen und bestimmt derzeit unter Einhaltung des Proporz in fünf Landesregierungen mit. In den Niederlanden erfährt die Partij voor de Vrijheid (PVV) keine Verweigerung parlamentarischer Funktionen, Regierungsverantwortung konnte übernommen werden.

Betrachtet man das Erstarren des „rechten Randes“ in den letzten Jahren als Gefahr, lassen sich im europäischen Vergleich zwei Strategien erkennen: Integration, Normalisierung und Einbindung in parlamentarische Verantwortung – oder Ausgrenzung und Blockade. Während viele europäische Nachbarn konservative und rechte Parteien zumindest in parlamentarische Abläufe einbinden, steht Deutschland mit der „**Brandmauer**“ zunehmend allein und verstärkt damit die **politische Polarisierung**. Die *strategische Katastrophe der CDU* liegt darin, dass sie nach der Merkel-Ära konservative Mehrheiten kulturell und parlamentarisch selbst delegitimiert hat: Durch Merz' Brandmauer bleibt ihr nur noch die Mehrheitsbeschaffung mit linken Parteien – und damit zwangsläufig eine Regierungspolitik, die viele konservative Wähler weiter von ihr wegtreibt. Je stärker dadurch die AfD wird, desto absurder wird die Lage: Fällt die Brandmauer, droht der CDU nur noch die Rolle des Juniorpartners; hält sie, treibt sie sich perspektivisch in Bündnisse bis weit nach links – und riskiert genau jene politische Implosion, vor der sie die Brandmauer angeblich schützen soll. Die demokratische Repräsentation großer Wählergruppen wird so nicht gesichert, sondern verweigert; **die nächsten Wahlergebnisse bleiben spannend.** 

Ingrid Schulze

— EIN THEMA - ZWEI MEINUNGEN: DER UKRAINE-KRIEG —

Für die weitere Unterstützung der Ukraine

Seit über vier Jahren tobt ein mörderischer Krieg in der Ukraine. Nachfolgend stellen zwei Autoren ihre unterschiedlichen Sichtweisen dar.

Vorneweg: der Autor dieser Zeilen ist *emotional „Ukrainer“* und fühlt mit diesem so tapferen Volk seit Beginn des russischen Angriffskrieges. Die Ukraine ist daher so lange zu unterstützen, **bis ihre Souveränität und Freiheit auf Dauer gesichert ist**. Unabhängig von Zusagen der USA, Nato oder sonst wem. Die Ukraine wird weiterhin beim Aufbau ihrer militärischen Infrastruktur fi-

nanziell unterstützt. Die Entwicklung der vergangenen Monate stimmt hier vorsichtig optimistisch: die Ukraine verfügt mittlerweile über eine der stärksten Armeen Europas, die technologische Entwicklung von Drohnen und Militär-Robotern ist schwindelerregend. Derzeit werden die Fronten gehalten. Der Autor hält ein Ende des russischen Angriffskrieges erst dann für realistisch, wenn Russlands Führung die Erfolglosigkeit weiterer Angriffe erkennt. Bis dahin heißt es „durchzuhalten“. Und das gilt auch für uns Deutsche. Wir leisten unseren Beitrag für die Freiheit der Ukraine mit *enormen wirtschaftlichen Einbußen*, dies muss klar benannt werden. Es muss auch benannt werden, dass die Sprengung der Pipeline durch mutmaßlich ukrainische Täter folgenlos bleiben kann. Dasselbe gilt für das Korruptionsproblem in der Ukraine. Auch wenn die Korruption ein Problem aller Teilrepubliken der ehemaligen UDSSR ist.

Aufzuräumen ist allerdings auch mit einigen Narrativen, die gerne verbreitet werden. *Die Krim sei „russisch“*. Die Krim ist, wenn überhaupt, „tatarisch“, die Russen haben die Tartaren von dort vertrieben. Völlig abwegig ist es zudem, der ukrainischen Führung vorzuwerfen, dass sie nicht mehr durch Wahlen demokratisch legitimiert wäre. Wie sollten denn Wahlen in diesem Land durchgeführt werden, das jeden Tag mit fürchterlichen Angriffen durch Drohnen und Raketen überzogen wird? Ein Land, in dem hunderttausende Männer und Frauen monatelang in den Frontgräben unter unmenschlichsten Bedingungen bei Hunger und Kälte verbringen müssen, weil überall Drohnen auf sie lauern?

Gerne wird auch auf die angebliche „*Bedrohung*“ Russlands durch die NATO abgehoben vor dem Hintergrund, dass die meisten osteuropäischen Staaten unter das

Schutzschild der NATO geflohen sind, weil sie Russland nicht trauten. Konventionell ist Russland seit vielen Jahren völlig „unbewaffnet“ gegenüber der Militärmacht Nr. 1 in der Welt, den USA. Das zeigt ja auch der gegenwärtige Kriegsverlauf. Dies war und ist für Russland aber irrelevant, weil es über ein großes Atomwaffenpotential verfügt, die atomare Abschreckung funktioniert. Vor was sollte sich Russland daher fürchten? Evtl. davor,

dass seine Anrainerstaaten in voller Souveränität über ihr eigenes Schicksal entscheiden wollen, konkret, wie sie leben wollen?

Gleichwohl muss dieser fürchterliche Krieg schnellstmöglich beendet werden, auch vor dem Hintergrund, dass die Ukraine vor über dreißig Jahren alle Atomwaffen an Russland gegen entsprechende Sicherheitsversprechen übergeben hat.

Wie kann eine Lösung aussehen? Die Fronten werden eingefroren, die Ukraine gibt die Krim endgültig an Russland ab, die östlichen Gebiete der Ukraine, die schon vor dem Krieg russisch geprägt waren, werden an Russland abgetreten. Dies umfasst allerdings nicht den starken Festungsgürtel, der das Kernland der Ukraine derzeit schützt. Dieser bleibt wie bisher in ukrainischer Hand, weil er „das“ Sicherheitstor gegen weitere mögliche russische Attacken in der Zukunft ist.

Des weiteren entscheiden die Menschen dieses Land souverän und in voller Freiheit, wie sie leben wollen. **Ein „Diktatfrieden“ ist völlig inakzeptabel.**

Solange Russland mit Menschenschindern wie dem tschetschenischen Präsidenten Kadyrow oder dem nordkoreanischen Führer Kim Jong-un Seite an Seite gegen die Ukraine kämpft, ist ein Ende leider nicht absehbar. Dem russischen Volk ist zu wünschen, dass es eine friedliebende Führung bekommt, damit dieser Horror aufhört, der sich Tag für Tag an den Fronten abspielt und *wieder Frieden in Europa einkehrt*. 🌀

Ulrich Martin



Frieden braucht einen Weg - nicht immer neue Waffen

Wer gegen weitere Waffenlieferungen ist, macht es sich nicht leicht. Er muss sagen, was dann geschehen soll. **Die Vorstellung, ohne Waffen kehre automatisch Frieden ein, ist gefährlich naiv.** Dann endet nicht zwingend der Krieg, sondern nur die Verteidigungsfähigkeit der Ukraine. Aber auch das „Durchhalten, bis Russland aufgibt“ reicht nicht. **Es ist keine Strategie, sondern eine Wette.** Und diese Wette bezahlen nicht die, die sie aussprechen, sondern sterbende Ukrainer und Russen - und am Ende auch Europa.

Der russische Angriff auf die Ukraine bleibt zweifelsohne ein Bruch des Völkerrechts. Moskau hat diesen Krieg begonnen. Aber daraus folgt nicht automatisch, dass immer mehr Waffen den Krieg beenden. Waffen verhindern bisher, dass die Ukraine überrannt wird. Sie verschaffen Zeit und erhöhen den Preis für Moskau erheblich. Aber sie liefern noch keine Antwort auf die Frage, wie dieser Krieg enden soll. *Irgendwann muss aus militärischer Hilfe ein Weg zum Waffenstillstand werden.* Dieser Weg fehlt seit Jahren.

Jeder weitere Kriegstag kostet Leben: tote Soldaten, getroffene Wohnhäuser, zerstörte Familien, Menschen auf der Flucht, Kinder unter Luftalarm. Wer einen Waffenstillstand fordert, sagt nicht: Russland soll bekommen, was es will. Er sagt: *Dieses Sterben darf nicht zur Dauerlage werden.* Aus Talkshow-Sesseln lässt sich leicht vom Durchhalten reden. In der Ukraine bedeutet Durchhalten: Tote zählen, Trümmer räumen, Kinder beruhigen, weiterleben.

Deutschland kann Waffenhilfe beenden oder begrenzen. Dafür braucht es eine Mehrheit im Bundestag und eine Regierung, die diesen Kurs durchsetzt. Ein harter deutscher Alleingang hätte ernste Folgen: Streit in Nato und EU, Zweifel an Deutschlands Verlässlichkeit bei Amerika und Partnern, ein Schwächesignal an Moskau. *Ein sofortiger Totalstopp ist deshalb kein Friedensplan, sondern ein Risiko.* Klüger ist: weitere Hilfe nicht als Dauerautomatismus, sondern nur noch mit klarem Ziel, überprüfbaren Grenzen und konkretem diplomatischen Handeln.

Konkret heißt das: Gespräche über eine Waffenruhe, Überwachung der Frontlinie, Austausch von Gefangenen, Rückführung verschleppter Kinder, Schutz der Atomkraftwerke und freie Getreidewege. Dazu braucht die Ukraine Sicherheitsgarantien, sonst wird ein Waffenstillstand nur die Pause bis zum nächsten Angriff. Die besetzten Gebiete werden damit nicht verschenkt. Ihr Schicksal entscheidet sich nicht auf dem Schlachtfeld, sondern in späteren Verhandlungen. Das ist bitter. *Aber Frieden beginnt nicht mit Gerechtigkeit für alle, sondern mit dem Ende des Tötens.*


Russland kommt nicht aus gutem Willen an den Tisch. Moskau braucht massiven Druck und einen hohen Preis



für Verweigerung. Sanktionen dürfen nicht nur verwaltet, sie müssen wirksam verschärft werden. Auch Staaten und Firmen, die bei der Umgehung helfen, müssen Konsequenzen spüren. Über Lockerungen wird erst gesprochen, wenn es überprüfbare Schritte zu einer Waffenruhe gibt. Als Vermittler taugt kein deutscher Ex-Kanzler mit Putin-Nähe. Nötig sind Staaten oder Institutionen, die beide Seiten zumindest anhören: UN, Türkei, Schweiz, vielleicht auch Indien oder Brasilien. *Entscheidend ist nicht Sympathie, sondern Verhandlungsfähigkeit.*

Die Ukraine ist kein Symbol für westlichen Widerstand, sondern ein verwundetes Land. Dort leben Menschen, die nicht über Durchhalten reden, sondern durchhalten müssen. Sie haben jedes Recht, ihre Heimat nicht preiszugeben. Aber Recht haben ist kein Weg zum Frieden. Wer immer weitere Waffenlieferungen fordert, setzt darauf, dass Russland irgendwann militärisch aufgibt. Das klingt entschlossen. Aber was, wenn dieser Punkt nie kommt? Was, wenn Russland trotz Verlusten weiterkämpft? Was, wenn Europa Jahr für Jahr mehr Geld, Waffen und politische Energie in einen Krieg gibt, dessen Ende unabsehbar ist?

Frieden ist kein Verrat an der Ukraine. Verrat ist ein Diktatfrieden über die Köpfe der Ukraine hinweg. Aber genauso falsch ist es, Verhandlungen erst dann ernst zu nehmen, wenn eine Seite am Ende ist. Dann braucht man keine Diplomatie mehr. Dann entsteht kein Frieden, sondern Kapitulation aus Trümmern.

Wer Frieden ernst meint, muss drei Dinge zugleich sagen: **Russland darf für seinen Angriff nicht belohnt werden. Die Ukraine darf nicht fallengelassen werden. Europa darf aber auch nicht so tun, als sei die Fortsetzung des Krieges schon eine Lösung.** Ziel muss ein überprüfbarer Waffenstillstand sein: mit Garantien, Wiederaufbau und Verhandlungen über die besetzten Gebiete. Das ist kein Wunschfrieden. Aber **Frieden unter harten Bedingungen ist besser als ein endloser Krieg,** der immer mehr Menschen frisst. 

Jens Jahnke

— DER WALD RUFT, DOCH KEINER DARF HIN! —

Ein Bericht von der Protestkundgebung am 9. Mai 2026
am Donnersberg für die Anpassung des Waldgesetzes

Was ist passiert? Seit vielen Jahren lädt der Donnersberg-Touristik-Verband zu abwechslungsreichen Touren in die herrliche Naturlandschaft rund um den höchsten Berg der Pfalz ein. Jährlicher Höhepunkt ist, wenn Sportbegeisterte und Wanderfreunde sich beim **Donnersberg Trail** und beim **Donnersberg Wandermarathon** herausfordern können. Mit der Anmeldung wird zwingend ein Haftungs Ausschluss unterschrieben. Doch mit all dem ist vorerst Schluss! Warum? Hier der Aufruf zum Protest von Donnersberg-Touristik und LC Donnersberg:

„Beide Veranstaltungen mussten abgesagt werden, da die verschärften Anforderungen an die Verkehrssicherung im Wald nicht erfüllbar sind. Nach aktueller Auslegung müssen Veranstalter umfangreiche Maßnahmen ergreifen, um Teilnehmende vor sogenannten walddtypischen Gefahren wie umstürzenden Bäumen oder abbrechenden Ästen zu schützen.“




In den konkreten Fällen hätten **mehrere hundert Bäume** gefällt und Äste entnommen werden müssen. Der notwendige finanzielle und organisatorische Aufwand war für die Veranstalter nicht stemmbar. Die Nicht-Genehmigung erreichte traurigerweise die Veranstalter erst kurz vor den Events. Zahllose **ehrenamtliche Stunden** waren bereits geleistet. Nun plötzlich Absagen kommunizieren und Startgebühren zurück-erstatten.

Zahlreiche Wanderfreunde und Sportler fanden sich am Tag des abgesagten Wandermarathons in Steinbach am Donnersberg auf dem Platz vor dem Bürgerhaus ein. Eindrücklich stellten Simon Lauchner von der Donnersberg-Touristik und Tim Andreas vom LC Donnersberg dar, das seit 2011 (mit kurzer Unterbrechung 2020/21)

der Wandermarathon und Trails stattfanden, immer beliebter wurden und Wanderhütten neben örtlicher Gastronomie auch Profiteure dieses Tourismus-Magnetes waren. Eine Genehmigung des Waldbesitzers ‚Landesforsten Rheinland-Pfalz‘ musste nach fachkundiger Überprüfung auf Gefahren der gesamten Wegstrecke von Anfang an eingeholt werden, die Teilnehmer unterschreiben einen Haftungsschluss. NEU: die Unverhältnismäßigkeit der Auflagen. Winneweilers Verbandsbürgermeister Rudolf Jacob (CDU) bringt es auf den Punkt: „Wir haben ein **typisch deutsches Bürokratie-Problem**: Bürokraten, die alles noch sicherer machen wollen!“ Das sei praxisfern und nicht im Sinne der

ursprünglichen gesetzlichen Regelung. Die Landes- und Bundespolitik sind aufgefordert, praktikable Lösungen zur Entlastung von Organisatoren und Waldbesitzern zu schaffen. Nur auf diese Weise können die ehrenamts- und tourismusfördernden Veranstaltungen gerettet werden. Auch er bringt es auf den Punkt: **Anpassung des Waldgesetzes** sowie rechtliche Klarheit. Grundsätzlich muss gelten: Das **Betretens des Waldes erfolgt auf eigene Gefahr** - unabhängig davon, ob dies privat oder im Rahmen einer organisierten Veranstaltung geschieht. Weder Waldbesitzer noch Veranstalter können den Wald so sicher machen, dass Besucher vor waldeigenen Gefahren geschützt sind.

Vertreter des örtlichen Forstamtes als ausführende Behörde drückten mit ihrer solidarischen Teilnahme an der Protestkundgebung ebenfalls Wertschätzung gegenüber der Donnersberg-Touristik und ganz besonders Heimatverbundenheit aus: „Der Verlust von Gemeinschaft durch die Absagen ist groß. **Ehrenamt kommt nicht einfach so zurück!**“  Ingrid Schulze



— DIE LINKS-GRÜNE DEMO-SZENE IN BAD DÜRKHEIM —

Bei der Demonstration gegen die AfD-Veranstaltung am 17.01.26 auf dem Wurstmarkt hat die links-grüne Szene mobil gemacht. In diesem Artikel geht es darum, „wer“ da aufmarschierte. Zum einen die linksextremistische Antifa Weinstraße. Wer einen Blick auf deren Instagram-Seite wirft, sieht innerhalb kurzer Zeit, mit wem man es hier zu tun hat: da wird sich zum einen mit in Ungarn zu vielen Jahren Haft verurteilten Schwerstkriminellen solidarisiert und fordert deren Freiheit. Politisch Andersdenkenden die Schädel einschlagen ist in diesen Kreisen nicht so schlimm, Hauptsache es trifft die „Richtigen“. Dazu zeigt diese Antifa-Gruppe ganz offen ihre Sympathie mit der ehemaligen linksextremistischen Terrororganisation „Rote Zora“. Die Polizei gilt als Feind, dementsprechend ging diese Gruppe auf der Demo gegen den Polizeigürtel vor, der die Salierhalle schützte. Die Polizei würde übelst beschimpft.

Der Bundeskanzler unseres Landes wurde von einer Rednerin der Partei „Die Linke“ als Faschist beschimpft. Distanzierung durch die anderen Teilnehmer oder Organisatoren? Fehlangeige!

Mit dieser Faschistenbeschimpfung wurde die gesamte CDU, deren Vorsitzender Merz ist, als faschistisch eingestuft.

Kää Schorle für Faschisten

Auf der Veranstaltung wurden Plakate mit klar totalitär-faschistoidem Bezug gezeigt: „Kää Schorle für Faschisten“; hierbei handelte sich um eine Adaption des von der Fraktionssprecherin der Dürkheimer Grünen auf einem Weinfest auf ihrem Ärmel angebrachten „Kää Schorle für Nazis“. Liebe CDUler, wenn Ihr das nächste Mal auf ein Weinfest geht, schaut bitte, bei wem Ihr Eure Schorle bestellt, guckt einfach auf die Ärmel oder gibt's bald Armbinden? Sonst kanns für Euch peinlich werden, wenn Freunde, Arbeitskollegen oder Familie dabei sind und Ihr als Faschisten/Nazis bezeichnet werdet.

Getragen wurden diese Plakate auch von Kindern, Minderjährigen, die noch überhaupt nicht in der Lage sind zu erfassen, was diese unmenschliche Symbolik bedeutet. Was sind das für Eltern, die so etwas zulassen!

„Cancel Culture ist faschistoid.“

Äußerung von David Richard Precht




Dieses totalitäre Gedankengut wird übrigens auch von der SPD im wahrsten Sinne des Wortes „mitgetragen“. Dies zeigten die Wahlveranstaltungen im Vorfeld der Landtagswahlen auf dem Römerplatz. **Zum Fremdschämen!**

Organisiert wurde das Ganze vom ehemaligen Dürkheimer Bürgermeister: einem Mann, der 2023 die Straßenbürgerinitiative und deren Wähler (waren beim finalen Bürgerentscheid „nur“ knapp 74 %) in die Nähe der NS-Ideologie rückte und das Führungsteam der Bürgerinitiative aufforderte, ihr „Verhältnis zum Holocaust zu klären“. Kritiklos unterstützt und orchestriert durch die Rheinpfalz. Auch jetzt wieder hat die Rheinpfalz sich in der Berichterstattung zum 17.01.26 ganz offen mit der links-grünen Bewegung verbrüdet, anders ist deren Berichterstattung nicht mehr einzuordnen. Jede für einen guten Journalisten notwendige Distanz und Unabhängigkeit wurde fallengelassen.

„Das Copy Right auf Cancel Culture liegt bei den Linken.“

Äußerung von Jan Fleischhauer

Was für ein Hohn, dass solche Leute auf die Straße gehen und für „unsere Demokratie“ schreien! Von dieser Art links-grüner Meinungs-Diktatur distanziert sich der Autor ausdrücklich! Der Philosoph David Richard Precht äußerte vor einiger Zeit „Cancel Culture ist faschistoid“, der Journalist Jan Fleischhauer fügte an „Das Copy Right auf Cancel Culture liegt bei den Linken“. Dem ist nichts hinzuzufügen. 

Ulrich Martin

PLÄNE ZUM BAU EINER AHMADIYYA-MOSCHEE IN BAD DÜRKHEIM

Das nachfolgende Schreiben schickte ein Dürkheimer Bürger an Stadtverwaltung und Parteien in Bad Dürkheim.



Sehr geehrte Damen und Herren, politisch Verantwortliche und Entscheidungsträger in Bad Dürkheim, **in der Rheinpfalz vom 7. Oktober 2025 wurde berichtet, dass die Ahmadiyya-Gemeinde eine Moschee bauen möchte.** Bereits im Herbst 2023 hat der Bauausschuss in nicht-öffentlicher Sitzung die Bauvoranfrage für ein Grundstück im Bruch genehmigt. Die Zeitung bezeichnet die Gemeinde als „reformorientiert“.

Die Ahmadiyya präsentiert sich in der Öffentlichkeit als liberale, dialogbereite und sozial engagierte Gruppierung. Ihre Anhänger werden in Pakistan verfolgt und von vielen Muslimen als Häretiker angesehen. Wer sich jedoch genauer mit der Bewegung beschäftigt, erkennt schnell: Es handelt sich nicht um eine liberale Reformgemeinde, sondern um eine autoritär organisierte, ultra-konservative, streng orthodoxe Gemeinschaft. Ihr Menschen- und Weltbild ist mit den Werten einer säkular-demokratischen Gesellschaft - Gleichberechtigung, individuelle Religionsfreiheit, Aufklärung - nur schwer vereinbar.

Die Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen (EZW) stellt fest: Ahmadis praktizieren Exklusivität, heiraten fast ausschließlich untereinander und halten in vielen Situationen Abstand zu Nicht-Ahmadis. Die Bildungs- und Sozialarbeit dient vor allem der Mission. Frauenförderung wird propagiert, geht jedoch mit einem strikt konservativen Rollenbild einher (Unterordnung der Frau, Geschlechtertrennung, Züchtigungsrecht des Mannes, Polygamie als „Sicherheitsventil“).

Gegenüber Christentum und anderen Religionen wird teils scharfe Polemik geführt. Ein erschreckendes Beispiel für die Folgen dieser rigiden Moralvorstellungen ist die Ermordung der 19-jährigen Lareeb Khan 2015 in Darmstadt durch ihre eigenen Eltern - beide engagierte Ahmadiyya-Mitglieder. Lareeb hatte sich lediglich mit einem jungen Mann getroffen, den sie mochte. Während des Prozesses bestätigte der damalige Bundesvorsitzende Abdullah Wagishauser, dass bei bekanntem außerehelichem Verkehr das Paar aus der Gemeinde ausgeschlossen wird. Zeugenaussagen machten deutlich, dass der Rat des Kalifen in England

bindend ist und dieser weltweit Strafen festlegt. Weitere Belege für ein frauenfeindliches und fundamentalistisches Weltbild:

- 2017 legten Ahmadis in Düsseldorf frauenfeindliche Broschüren bei einer Ausstellung aus; der SPD-Bürgermeister sprach von „reaktionärem und fundamentalistischem Frauenbild“.
- Der SPD-nahe Politikwissenschaftler Johannes Kandel kritisiert das ungeklärte Verhältnis von Religion und Politik sowie die deutliche Geschlechterungerechtigkeit.
- Die Aussteigerin Naureen Ghaury beschreibt eine frühe religiöse Indoktrination von Kindern ab sieben Jahren (Geschlechtertrennung, absoluter Gehorsam gegenüber dem Kalifen, Wahrheitsanspruch der Ahmadiyya).
- Die Soziologin Necla Kelek bezeichnet die Gemeinde als „sehr fundamentalistisch“ - Koran und Sunna werden wortwörtlich genommen, die Welt in Gläubige und Ungläubige geteilt.

In Jugendorganisationen und bei Treuegelöbnissen wird absoluter Gehorsam und Opferbereitschaft gegenüber dem Kalifen und dem Ziel gefordert, „die Flagge des heiligen Propheten Mohammad weit höher zu hissen als jede andere Flagge auf dieser Welt“. Frauen erstatten dem Kalifen regelmäßig Bericht; Ehen werden arrangiert.

Bei öffentlichen Veranstaltungen fehlen Frauen fast vollständig - sie bleiben im Hintergrund. Die Debatte in Bad Dürkheim dreht sich bisher fast ausschließlich um Parkplätze und rechtliche Fragen. Kritische Fragen zur Glaubenslehre, zum Umgang mit Frauen, zur Erziehung der Kinder, zum absoluten Gehorsam gegenüber dem Kalifen in England und zu den langfristigen Zielen der Gemeinschaft wurden offenbar nicht gestellt.

Die Ahmadiyya behauptet, besonders gut integriert zu sein. Tatsächlich praktiziert sie jedoch strikte Endogamie und Geschlechter-Apartheid. Wie soll Integration gelingen, wenn Ehen nur innerhalb der eigenen Gruppe geschlossen werden und der Kalif das Leben jedes Einzelnen weitgehend bestimmt? Meine dringende Bitte an Sie:

Verhindern Sie den Bau dieser Moschee! Verhindern Sie die Etablierung und Verfestigung einer Parallelgesellschaft in Bad Dürkheim. Die kommenden Generationen werden es Ihnen danken.

Mit freundlichen Grüßen
Frederik Seibring


Frederik Seibring

KOLLEKTIVE BELEIDIGUNG DER DEUTSCHEN


Durch die Arbeitsministerin und SPD-Vorsitzende Bärbel Bas

Vor kurzem trug sich historisches zu: Bärbel Bas, Arbeitsministerin und SPD-Vorsitzende, sprach beim „Aktionstag Zusammenhalt in Vielfalt“ am **21. Mai 2026** davon, man wolle sich „**gegen dieses sogenannte Einheitsgrau**“ wehren, „**manche würden sogar sagen, Einheitsbraun**“. Migration brauche es nicht nur als Fachkräftefrage, sondern „auch für die Vielfalt in unserer Gesellschaft“.

„Einheitsgrau, „Einheitsbraun“, konkret: *wir Deutschen sind also Nazis*. Nichts anderes hat sie gesagt. Nun darf jeder seine Meinung frei sagen, das ist in Ordnung, aber eine führende Regierungsvertreterin sollte man dann doch von den sicherlich vorhandenen Schmerzen befreien, uns Deutschen, die **Tageschau nannte „Deutsche“ „Nicht-Migranten“**, diesem braunen Volk vorzustehen. Frau Bas, wir, die Einheitsgrauen/-braunen, nehmen Ihren Rücktritt an!

Wir sagen aber danke für Ihre Offenheit zuzugeben, dass sie und Ihre Partei, die SPD, seit Jahren für eine unkontrollierte Masseneinwanderung sind, damit wir „Braunen“, also aus Ihrer Sicht die große Mehrheit der deutschen Bürger, zurückgedrängt werden. Bisher galt dies ja als „rechte Verschwörungserzählung“, daher einen ausdrücklichen Dank für diese Klarstellung.  Redaktion

ANGRIFF AUF PRIVATHAUS

Vor dem Privathaus von Wiebke Muhsal, Mutter von fünf Kindern, Juristin, und in der Landespolitik in Thüringen für die AfD tätig, marschierte vor einigen Tagen ein linker Mob von 200 schwarzgekleideten Menschen auf. Sie beschimpften und bedrohten Frau Muhsal und versetzten ihre Kinder in Angst und Schrecken. Was geht in diesen kleinen Kindern nun vor? Dieser Vorgang ist unserem Fernsehen oder den Tageszeitungen keine Meldung wert, warum auch, es hat ja aus ihrer Sicht das „richtige“ Opfer getroffen. Man stelle sich vor, wenn ein rechter Mob von 200 Personen vor das Privathaus einer Politikerin von SPD, Grünen oder der CDU gezogen wäre? Eine Woche hätte es kein anderes Thema mehr gegeben, in Talkshows wäre intensiv über die Bedrohung „unserer Demokratie“ diskutiert worden. Der Betrachter hält für sich fest: Die demokratische Kontrolle durch die vierte Macht in unserem Land, der Presse, funktioniert definitiv nicht mehr.  Redaktion

— SCHON GELESEN? —

Woran erkennt man einen CDU-Wähler?

„Na daran, dass er auch vor dem fünften Mal Titanic-Schauen noch hofft, dass die Titanic dieses Mal vielleicht doch in New York ankommt!“

Timmy - das medial inszenierte Sterben eines Wals

Timmy war kein Held, kein Maskottchen, kein nationales Gefühlstier. Er war eine gequälte Kreatur, medial vorgeführt, während er langsam verendete. Das große Zittern war vor allem Inszenierung; viele Menschen waren längst angewidert: aus Tierleid wurde Fortsetzungsfernsehen: bängen, hoffen, klicken. Am Ende blieb kein Wunder, sondern Scham: über falsche Tierliebe und medial organisierten Voyeurismus.

Die Mutter aller Klima-Weltuntergangsszenarien beruht auf „unrealistischen Annahmen“

Der Weltklimarat IPCC zieht eine der schärfsten Drohkulissen der internationalen Klimapolitik zurück. Das Extrembild einer Erderwärmung um vier bis sechs Grad bis zum Jahr 2100 soll im nächsten Bericht verschwinden und gilt nicht mehr als brauchbare Leitlinie. Damit gerät eine zentrale Grundlage ins Wanken, auf die sich jahrelang Klimaklagen, Behördenprognosen und alarmistische Medienberichte stützten.

Künftig liegt der oberen Rand der IPCC-Szenarien bei rund 3,5 % Grad Erderwärmung gegenüber dem vorindustriellen Niveau. Fachleute wie der Emissionsforscher Detlef van Vuuren betonen, dass auch dieser Wert gravierende Folgen hätte, höhere Temperaturen aber eher nach 2100 und unter deutlich ungünstigeren Annahmen zu erwarten wären. Parallel dazu wird auch das optimistischste Szenario gestrichen, in dem die Erderwärmung kaum weiter zugenommen hätte. Damit verabschiedet sich der Weltklimarat faktisch auch von der 1,5-Grad-Erzählung als realistischer Zielmarke.

Für Politik, Gerichte, Behörden und Medien bedeutet die Korrektur eine heikle Neubewertung. Prognosen, Tabellen, Klageschriften und Katastrophengrafiken, die das alte Katastrophenszenario RCP8,5 wie eine amtliche Zukunft behandelten, müssen überarbeitet werden. Zugleich macht der Schritt deutlich, wie stark politische Entscheidungen und öffentliche Debatten an Modellrechnungen hängen, und wie groß die Verantwortung ist, veraltete Extremannahmen nicht weiter als unumstößliche Wahrheit zu behandeln.

Nur 46 % der Deutschen glauben, ihre Meinung frei äußern zu können

Einer Allensbach-Umfrage zufolge ist fast die Hälfte der Deutschen überzeugt, man müsse mit der Äußerung politischer Meinungen vorsichtig sein. Zugleich zeigt sich: Viele befürworten selbst Einschränkungen - etwa bei kontroversen oder provozierenden Aussagen.

Nicht so *Manuel Ostermann*, Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft:

- „Ich DENKE selbst.
- Ich SPRECHE selbst.
- Ich ENTSCHEIDE selbst.
- Ich SAGE selbst, was ich denke, ohne Kontaktschuld und ohne Angst vor der Empörungsindustrie“.

Neues aus der VERBOTS-ECKE

Streicheln verboten, Abstand halten - so erleben Ziegen, Schafe und Hasen den Maimarkt 2026. Kein fröhliches Kinderlachen, keine kleinen weichen Hände im Fell, kein Leckerli. Stattdessen Gefahr! Tierseuchen! Stress für die Tiere! Amtstierärzte und Veterinäramt verbieten 2026, was Jahrzehnte möglich und wunderbar für die jüngsten der (Stadt-)Gesellschaft war. Seuchengefahr? Nix Neues. Zu stressig? Für wen bitte ist der Maimarkttrubel nicht stressig? Erholt wird sich am Ende des Tages. Und Rückzugsräume für die ausgestellten Vierbeiner gab und gibt es immer schon. Obacht: manche Meckerliese bettelt sogar um Aufmerksamkeit und streicheln. Aus und vorbei nun die Kinderfreude. Bleibt also das mobile Endgerät weiter in der Hand. Schlecht fürs Immunsystem und schade um die schönen Erfahrungen. Kein Lernen am lebenden Objekt. Hauptsache verboten! Sicher ist sicher!

Sexuelle Attacke in Koblenzer Schule

Man stelle sich als Eltern vor: man schickt seine elfjährige Tochter in die Schule, sie leidet unter zwei schweren Erkrankungen. Dann erfahren Sie als Eltern, dass zwei Afghanen in die Schule eingedrungen sind und Ihre Tochter missbraucht haben. Geschehen vor einigen Tagen in Koblenz.

Der Autor dieser Zeilen hat nur durch Zufall von diesem Vorfall erfahren, die mediale Empörung der hiesigen Tageszeitung hielt sich in sehr überschaubaren Grenzen. Gab und gibt es dazu überhaupt irgendetwas? Man fragt sich, wie die Berichterstattung ausgesehen hätte, wenn es sich nicht um zwei Afghanen, sondern zwei Deutsche gehandelt hätte, oder gar zwei

AfD-Mitglieder. Eine Woche lang hätte es kein anderes Thema gegeben. Nun herrscht absolute Ruhe, man will wahrscheinlich die mehrheitlich linke Leserschaft nicht zu arg mit der Realität konfrontieren. Oder ist schlichtweg „abgestumpft“, passiert bekanntermaßen jedes Jahr tausende Mal, Jahr für Jahr. Dann beschäftigen wir uns doch lieber mit einem gestrandeten Wal. Lenkt schön ab.

Die Toleranz der Grünen und der AfD!

Anhänger der Grünen stören sich am meisten an anderen Ansichten - gefolgt von Anhängern der AfD. Das geht aus einer repräsentativen Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach hervor, die versucht, die Toleranzschwelle der Menschen in Deutschland zu ergründen.

Auf die Frage „Wenn Sie mit jemandem zu tun haben, der ganz andere Meinungen vertritt als Sie selbst: Regt Sie das oft auf, oder haben Sie damit meist kein Problem?“ antworteten 21 % der Befragten, es störe sie. Und diejenigen, die am häufigsten angaben, dass dies zutrifft, waren Wählerinnen und Wähler der Grünen, gefolgt von denen der AfD.

Wer sich am meisten über andere Meinungen aufregt:

- **Grüne** 28 %
- **AfD** 24 %
- **Linke** 22 %
- **Union** 19 %
- **SPD** 18 %

Nicht wenige, die vehement Meinungsfreiheit einfordern, meinen damit letztlich nur die Freiheit für ihre eigene Meinung.

*Thomas Petersen,
Meinungsforscher des Instituts Allensbach*


Lotto RLP: Eine vertane Chance meines Lebens!

Christian Baldauf wird Lotto-Geschäftsführer RLP in Koblenz - als ich das las, habe ich mich total geärgert, und zwar über mich selbst! Und wie! Anstatt mich regelmäßig abwertend über die Richterstattung der Rheinpfalz auszulassen, hätte

ich besser mal die Stellenanzeigen gelesen. Baldauf, ein sympathischer Zeitgenosse, hat es getan, sich beworben und musste bestimmt einige stressige Ausscheidungsrunden mit anderen Bewerbern überstehen, er hat sich durchgesetzt und bekommt nun daher zu Recht den mit - laut KI - irgendwas über 200.000 € dotierten Posten. Gut, der Aufsichtsrat war nicht vorab informiert, da lag wohl ein kleines Kommunikationswirrwarr vor, das kann aber natürlich mal passieren, nicht schlimm, wer macht schon keine Fehler! Nicht, dass er es nötig hätte, er ist seit Jahren Partner einer Rechtsanwaltskanzlei in Frankenthal und verfügt, das hörte ich zumindest schon öfters, über eine fachlich hohe Reputation. Er ist zudem ja politisch ein sehr aktiver Mann, viele Jahre Landtagsabgeordneter der CDU in Mainz, einige Jahre Fraktionsvorsitzender der CDU im Landtag, Landesvorsitzender, Mitglied im CDU-Bundesvorstand, eine echte Hausnummer. OK, dann gab es mal einige Unstimmigkeiten innerhalb der Partei, aber wo menschelt es nicht?

Er blieb loyal und hat mitgeholfen, dass der neue Ministerpräsident von RLP nun von der CDU gestellt wird. Aber das hat natürlich nichts mit dem Lottojob zu tun, da geht es ja um Kompetenz. Hier möchte ich Herrn Baldauf aber - ohne mich jetzt zu arg aus dem Fenster zu lehnen - zurufen, dass er Glück hatte, dass ich die ausgeschriebene Stelle nicht mitbekommen habe. Nicht nur, dass ich als Kaufmann in der Welt des Rechnungswesens zu Hause bin, das Lottodding hätte ich locker gemanagt, sondern vor allem aufgrund meiner jahrzehntelangen Erfahrung als versierter Lottospieler. Da ich drei Jahre älter als Baldauf bin, hätte er da nicht mithalten können. Und dass das nicht nur leeres Geschwätz von mir ist, zeigt mein Lottogewinn vom vergangenen Mittwoch, als ich 10,90 € einheimste. Falls das jemand in Zweifel ziehen sollte, fragt bitte bei den so netten Damen des Lottogeschäftes am Römerplatz nach, die kennen mich, die wären eine Top-Referenz für meine Bewerbung gewesen. Andererseits habe ich aber auch Respekt davor, dass Baldauf nun seinen Job als gut bestallter Rechtsanwalt aufgeben muss, beides kann er ja natürlich nicht nebeneinander machen, das wäre zu schön, um wahr zu sein.

Doppelt kassieren, seien wir ehrlich, das wäre der Traum von uns allen! Allein die Fahrten nach Koblenz, o weh. Er ist bereit, etwas aufzugeben, was er jahrzehntelang bestimmt mit Freude gemacht hat. Hut ab! Da bin ich mir nicht ganz so sicher, ob ich das gewollt hätte. Insofern fügt sich also doch alles irgendwie von alleine.

Daher viel Glück, Christian Baldauf, bei diesem so großen Schritt im Interesse der Bürger von Rheinland-Pfalz! 

Ulrich Martin

EINE PROTEST-MAIL ZU DEN „OMAS GEGEN RECHTS“

Der Autor hat im März diesen Jahres das nachfolgende Protest-Mail an die Kirchengemeinde Gimmeldingen und die evangelische Kirche der Pfalz geschickt.

Sehr geehrter Pfarrer,
auf der Webseite der „Omas gegen Rechts“ Neustadt muss ich lesen, dass die Kirchengemeinde Gimmeldingen dieser Gruppe beim Mandelblütenfest (16./17.03.2026) einen Standplatz zur Verfügung stellt. Dagegen möchte ich als evangelischer Christ entschieden protestieren. Diese Gruppe dokumentiert schon in ihrem Namen, für was sie steht: Spaltung und Ausgrenzung Andersdenkender.



„Rechts“ ist alles, was nicht der Ideologie der Grünen, SPD und Der Linken entspricht. Da steht nicht „rechtsextrem“, das wäre für mich akzeptabel. Wobei man auch dann fragen müsste, warum man nicht gegen „Extremismus“ im Allgemeinen ist (vor allem Islamismus, Linksextremismus).

Hier wird ganz offen gegen die Mehrheit der Gesellschaft agitiert und gehetzt. Zwei Drittel der Bürger in Deutschland sind, parteipolitisch gezählt, aus Sicht der „Omas gegen Rechts“ „rechts“. Menschen werden von diesen Antidemokraten als „Nazis, Faschisten, Rechts-extremisten“ diffamiert und denunziert.

Dazu ist der Name dieser Gruppe eine echte Beleidigung meiner Oma: diese war herzlich, zuwendend, immer für uns alle da. Also das krasse Gegenteil dieser Gruppe, deren Namen ich aus Widerwille kaum in der Lage bin zu schreiben.

Mir klingen heute noch - nach drei Jahren - die hass-erfüllten Kampfrufe der Omas gegen Rechts Kandel in den Ohren, die zusammen mit einer linksextremistischen Antifagruppe auf dem Wurstmartplatz in Bad Dürkheim gegenüber Corona-Maßnahmen-Kritikern skandierten:

„Wir kriegen Euch, wir kriegen Euch, wir impfen Euch, wir impfen Euch“.


Widerlich! Unvergessen!

Und solchen Hetzern und Spaltern gibt „meine“ evangelische Kirche eine Plattform, sehr bitter!

Viele Grüße aus Bad Dürkheim
Ulrich Martin

Anmerkung:

Weder vom Pfarrer in Gimmeldingen noch von der evangelischen Gemeinde der Pfalz gab es trotz Erinnerung eine Antwort. Warum sollte man auch einem kirchensteuerzahlenden Bürger, der „nervige“ Fragen stellt, antworten. Einfach auflaufen lassen, nicht antworten, ignorieren.

Aber bringt nichts, der Autor bleibt dran! 
Ulrich Martin

GANZ ZUM SCHLUSS

Unser Anliegen ist es, mit Ihnen - geschätzte Leserin und geschätzter Leser - in Kontakt zu kommen, mit dem Ziel, eine breite Diskussion anzuregen. Sie erreichen uns per E-Mail unter: reden@miteinander-duew.de. Wir freuen uns über Anregungen, Kritik, Angebote zur Mitarbeit oder Unterstützung. Besuchen Sie auch gerne unsere Website: miteinander-duew.de - auf unserem Blog finden Sie regelmäßig neue Beiträge und interessante Artikel! Die Zeitung ist privat finanziert.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben immer die Meinung des Autors wieder, und es liegt in der Natur der Sache, dass nicht jeder die gleiche Meinung hat - das ist das Schöne an der Demokratie, dass man das auch sorglos sagen darf. Wir, das Team hinter Miteinander, schätzen Sie, unsere Leser, als erwachsene Menschen und wollen Ihnen unterschiedliche Blickwinkel bieten, damit Sie sich selbst eine Meinung bilden können.